



VOLLE KRAFT VOR ORT!

Wie Bürger*innennähe gelingt und
Rechtspopulismus im lokalen Umfeld
entgegengewirkt werden kann.



VOLLE KRAFT VOR ORT!

Wie Bürger*innennähe gelingt und
Rechtspopulismus im lokalen Umfeld
entgegengewirkt werden kann.

3 Einleitung

4 I. Rechtspopulismus vor Ort Paroli bieten

- 5 1. Menschenfeindlichkeit immer und überall deutlich entgegengetreten
- 5 2. Politiker*innen und Wähler*innen stets unterscheiden
- 6 3. Schmiedet und pflegt Allianzen!
- 7 4. Agieren statt reagieren
- 8 5. Was besser nicht zu tun ist

9 II. Bürger*innennähe gestalten

- 9 Für alle sichtbar
- 9 Für alle erreichbar
- 9 Für alle hilfreich
- 9 Beteiligungsorientiert
- 10 Transparent und ehrlich
- 10 Zuhörend

10 Weiterführende Empfehlungen

- 10 (Bundesweite) Anlaufstellen im Netz
- 10 Weiterbildungsmöglichkeiten
- 11 Weiterlesen und -hören

12 Impressum

Einleitung

Dieses Heft richtet sich an lokal Engagierte – also an Personen, die sich vor Ort aktiv einbringen, um ihr direktes Lebensumfeld mitzugestalten. Ihr Einsatz und Auftreten macht den alltäglichen Unterschied für eine lebendige Demokratie.

Lokal Engagierte stehen vor mindestens zwei großen Herausforderungen: Zum einen sind Unmut und Zerfall nirgendwo sichtbarer als direkt vor Ort; zum anderen liegen die Entscheidungen, die diesen Unmut und Zerfall auslösen, in vielen Fällen nicht in der lokalen Verantwortung. Diese beiden Tatsachen erzeugen ein Spannungsfeld aus Erwartungsdruck und Handlungsfähigkeit, dem in erster Linie kommunikativ zu begegnen ist. Eine Fähigkeit, die für den Erfolg lokalen Engagements besonders wichtig ist, ist die „Bürger*innennähe“: die Fähigkeit, vertrauensvolle, wechselseitige und nachhaltige Kommunikationsbeziehungen zu ermöglichen. Bürger*innennähe vermag es, Stimmungen frühzeitig zu erkennen, gute Ideen aufzunehmen und politisches Handeln transparent, verständlich und konkret zu machen.

Gerade der sozial-ökologische Wandel, der unseren Alltag und unser Umfeld für eine klimagerechte Umwelt fair gestalten soll, muss auf lokaler Ebene beginnen. Diese „Transformation“ ist nur im gesellschaftlichen Miteinander zu bewerkstelligen. Die direkten Gegner*innen dieser Unternehmung sind Rechtspopulist*innen, die mit ausgrenzenden Hassbotschaften das gesellschaftliche Klima vergiften und mit Falschmeldungen und Ignoranz die Bemühungen um den Klima- und Umweltschutz behindern.

Für das Handbuch „The Power of Proximity“ wurden lokale Erfahrungen mit der Ausgestaltung von Bürger*innennähe und dem Umgang mit Rechtspopulismus aus zehn Orten in fünf europäischen Ländern zusammengetragen und ausgewertet.¹ Zahlreiche Interviews vor Ort lieferten die Grundlage für Fallstudien und persönliche Porträts von Engagierten. Die vorliegende Broschüre fasst die wesentlichen Erkenntnisse dieses Handbuchs zusammen und vermittelt praktische Tipps, damit die „Volle Kraft vor Ort“ bestmöglich entfaltet werden kann.

¹ Deutschland: Pforzheim, Saale-Orla; Frankreich: Mantes-La-Ville, Provence-Alpes-Côte d'Azur; Österreich: Innsbruck, Wels; Polen: Myslowice, Podkarpacie; Schweden: Ludvika, Sölvesborg

I. Rechtspopulismus vor Ort Paroli bieten

Der Kampf gegen Rechtspopulismus wird zum großen Teil auf lokaler Ebene geführt. Hier ist die größte Bedrohung nicht eine furchterregende Schlagzeile in der Zeitung oder auf dem Twitter-Feed, sondern eine Hassbotschaft vor der eigenen Haustür. So berichten Betroffene immer wieder von Schmierereien, der Zusendung von Tierkadavern, eingeschlagenen Fensterscheiben bis hin zu körperlichen Angriffen. Die Auseinandersetzung zwischen Demokrat*innen und Antidemokrat*innen wird nicht in einer Fernsehshow moderiert, sondern findet auf der Straße oder bei Bürger*innensprechstunden statt. Die lokale Ebene ist der Ort, wo die Rechtsextremen physisch präsent sind. Sie wiederholen die Parolen ihrer Anführer*innen und behaupten, „die Stimme des einfachen Mannes“ zu sein und zu „wissen, was das Volk will“. Auf diese Weise suggerieren sie, besonders bürger*innennah zu sein.

Die Realität zeigt jedoch, dass rechtspopulistische Politiker*innen ein Verständnis von „Bürger*innennähe“ haben, das Spaltung bewirkt. Ihre Vorstellung von Gemeinschaft und Nähe ist ausgrenzend. Während sie vorgeben, „dem Volk“ zu dienen und „die Eliten“ zu entlarven, schließen sie in ihrem Verständnis des Begriffs „Volk“ bestimmte Gruppen aus und machen Migrant*innen zu Sündenböcken. Wer nicht in ihr Bild einer homogenen und nationalistischen Gesellschaft passt, wird ausgegrenzt. Das ist Rechtspopulismus in Reinform und hat mit Bürger*innennähe nichts zu tun.

² Alle Zitate in der Broschüre stammen aus Interviews, die im Rahmen der Fertigstellung des Handbuchs „The Power of Proximity“ 2021 geführt worden.

³ Eigene Übersetzung aus: Mudde, C. (2019) *The far right today*. Cambridge: Polity Press, S. 27.

⁴ Duden Onlinewörterbuch (2021), <https://www.duden.de/rechtschreibung/normal> (zuletzt abgerufen am 03.12.2021)

BEISPIEL

Bei einer Bürgermeister*innenwahl im französischen Mantes-la-Ville wurde eine regelmäßige Nachbargesprächsrunde zum entscheidenden Vernetzungsort für eine linkspolitische Allianz gegen einen rechtspopulistischen Bürgermeisterkandidaten.

*„Die [Bürger*innen-]Nähe spielte in unserer Kampagne eine Schlüsselrolle. Sie beginnt schon vor der Ausarbeitung eines Programms, denn wie kann man ein Programm erstellen, wenn man die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen nicht kennt? Indem wir ihnen zuhören, erkennen die Bürger, dass wir wirklich hier sind, um ihnen zu helfen. Deshalb interessieren sie sich später für uns. Diese Strategie der Nähe hat auch die Aufmerksamkeit anderer Kandidaten geweckt, die sich während des Wahlkampfes unserer Wahlliste angeschlossen haben.“*
- Fatima Diop, Mantes la Ville, Frankreich²

RECHTSPOPULISMUS?

Im Englischen ist die gängige Bezeichnung für weit rechts stehende politische Kräfte „far right“. Dieser Sammelbegriff bezeichnet die Kräfte, die auf dem Links-Rechts-Spektrum weit rechts anzusiedeln sind. Diese Kräfte unterscheiden sich in Programm und Stil in manchen Punkten voneinander, folgen aber im Kern derselben Ideologie. Diesen gemeinsamen Nenner definiert der Politikwissenschaftler Cas Mudde als „eine Ideologie, die davon ausgeht, dass Staaten ausschließlich von Mitgliedern der einheimischen Gruppe (der Nation) bewohnt werden sollten und dass nicht einheimische (oder ‚fremde‘) Elemente, seien es Personen oder Ideen, eine grundsätzliche Bedrohung für den homogenen Nationalstaat darstellen.“³ In dieser Broschüre wird übergreifend von „rechtspopulistischen“ Kräften gesprochen. Sie haben dieselbe ideologische Grundausrichtung und zeigen sich zumindest offen für rechtsextreme Kräften, ohne dass sie zwangsläufig mit ihnen identisch sein müssen.

Was können lokal Engagierte tun, um dem Einfluss von Rechtspopulist*innen vor Ort entgegenzuwirken und mit ihrer eigenen politischen Arbeit mehr Wirkung zu entfalten? Im Handbuch „The Power of Proximity“ berichteten einige Engagierte, welche Erfolge sie erzielt, welche Methoden sie angewandt und welche Erkenntnisse sie gewonnen haben. Die folgenden Handlungsempfehlungen basieren auf der Analyse dieser Erfahrungen und zeigen auf, wie Rechtspopulist*innen vor Ort Paroli geboten werden kann:

1. Menschenfeindlichkeit immer und überall deutlich entgegengetreten

Solidarisch und konsequent sein: Unsere Grund- und Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Doch leider schauen Menschen im Alltag häufig weg, wenn jemand diskriminiert wird. Grüne Akteur*innen sollten immer Garant*innen für die Verteidigung der Menschenrechte sein. Ob auf der Straße oder im Parlament: Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die den Rechtspopulismus ausmacht, muss klar benannt und zurückgewiesen werden. Dazu gehört je nach Kontext, dass von Diskriminierung Betroffenen stille oder öffentlichkeitswirksame Solidarität erfahren und strafbare Handlungen konsequent zur Anzeige gebracht werden.

Den Unterschied zwischen Meinung und Hass aufzeigen: Dass Menschen unterschiedliche Meinungen haben, ist nicht nur möglich, sondern wünschenswert, ohne Meinungsvielfalt ist eine Gesellschaft unfrei. Die pauschale Abwertung von ganzen Menschengruppen jedoch ist keine Meinung, sondern ein Straftatbestand (Volksverhetzung § 130 StGB). Viele Menschen kennen das Gefühl, vorverurteilt, abfällig behandelt oder ausgegrenzt zu werden. Zwischen Meinung und Diskriminierung muss deutlich unterschieden werden. Bedrohungen oder Beleidigungen können zur Anzeige gebracht werden.

Betonen, dass Gegenwind zur Demokratie gehört: Wer entschiedene kritische Meinungen äußert, muss mit Gegenwind rechnen. In der Demokratie haben alle Menschen das Recht auf freie Meinungsäußerung, aber niemand ein Anrecht darauf, dass dieser Meinung nicht widersprochen wird. Das wäre nicht mehr demokratisch. Dass Gegenwind und Diskussion zur Demokratie dazu gehören, kann nicht oft genug betont werden. „Sag mir bitte, was Du denkst und warum. Ich höre Dir zu. Danach sage ich Dir, was ich denke und warum.“ Das ist eine einfache Ansage, die zwei Grund-

prinzipien unserer Demokratie verdeutlicht: Freiheit und Respekt. Wer seine Meinung kundtut und Widerspruch erfährt, sollte nicht glauben, die Meinungsfreiheit sei in Gefahr, sondern sich stattdessen fragen: Wie steht es um meine Konfliktfähigkeit?

→ IST DAS NORMAL?

Der Duden hat einen besonderen Hinweis zum Wort „normal“ hinzugefügt. Dieser lautet: „In der veralteten, wertenden Bedeutung sollte das Wort *normal* im öffentlichen Sprachgebrauch nicht mehr verwendet werden. Das gilt besonders dann, wenn es als Gegensatzwort zu (*geistig*) *behindert* oder im Sinne von *heterosexuell* gemeint ist.“⁴ Die AfD hat dieses Wort indes zum Teil ihres Wahlkampfeslogos 2021 gemacht: „Deutschland. Aber normal“. Sie will dadurch ihre fremden- und minderheitenfeindlichen Welt- und Wertvorstellungen normalisieren. Es ist eine zentrale und alltägliche Aufgabe aller Demokrat*innen, die Weltsicht der Rechtspopulist*innen weder sprachlich noch praktisch als Norm gelten zu lassen. Ein Satz, der in Gesprächen über dieses Thema hilfreich sein kann, lautet: „Normal ist doch für jede und jeden etwas anderes. Die Norm, an die wir uns aber alle halten sollten, ist das Grundgesetz.“

2. Politiker*innen und Wähler*innen stets unterscheiden

Populistische Amtsträger*innen meiden oder politisch bekämpfen: Während Amtsträger*innen wie zum Beispiel gewählte Politiker*innen mit vollem Wissen und ganzer Überzeugung Verantwortung für das tragen, was sie unterstützen, ist dies bei Wähler*innen nicht zwangsläufig der Fall. Demokrat*innen können auf der Grundlage unserer „wehrhaften Demokratie“ Amtsträger*innen, die rechtsextreme Kräfte stützen, meiden oder politisch bekämpfen. „Meiden“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass diese Kräfte nicht zum politischen Diskurs – zum Beispiel zu Podiumsgesprächen – eingeladen werden und dass politisch weder direkt noch indirekt mit ihnen zu kooperieren (etwa durch ein gemeinsames Abstimmungsverhalten). Dieses „Meiden“ soll dazu führen, dass Feind*innen der Demokratie keine Gelegenheit gegeben wird, auf die Abschaffung unseres politischen Systems hinzuwirken.

Allen Bürger*innen begegnen: Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien dürfen grundsätzlich nicht mit ihren Repräsentant*innen in einen Topf geworfen werden. Gerade in Regionen, in denen diese Parteien relativ starken Zuspruch finden, setzt die Gruppe der jeweiligen Wähler*innen sich sehr unterschiedlich zusammen – etwa aus Jung und Alt, Männern und Frauen, Verunsicherten, an Provokation Interessierten und Überzeugten. Demokrat*innen sollten stets für den Dialog mit allen aufgeschlossen sein (natürlich unter Einhaltung bestimmter Diskussionsregeln). Während eine vorauseilende Feindseligkeit gegenüber den Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien sie vermutlich noch weiter in deren Arme treibt, ist ein offenes, ehrliches Gesprächsangebot die beste Grundlage für eine positive Erfahrung.

*„2019 veranstalteten wir eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Windkraft mit Windkraftgegner*innen und -Befürworter*innen. Zu dieser Veranstaltung waren auch bekannte rechtspopulistische Akteur*innen der AfD oder Windkraftgegner*innen anwesend.*

*[...] Durch Moderation kamen alle Beteiligten zu Wort, und am Ende haben sich auch einige eher skeptische und kontra Windkraft eingestellte Teilnehmende für das Gespräch bedankt und positives Feedback gegeben. Das hat gezeigt, dass Gespräche möglich und wichtig sind, um Bürger*innen abzuholen und sie zu einer offeneren Diskussion über politische Ideen zu begeistern.“*

- Karoline Jobst, Saale-Orla, Deutschland

„Einmal war ich bei einer Wahlveranstaltung der rechten Partei und kam mit einem Mann neben mir ins Gespräch, der ein starker Anhänger der rechten Partei war. Wir diskutierten über Rechte für alle, darüber, dass die Populisten behaupten, für das Volk zu sprechen, dass sie aber sehr eng definieren, wer dieses Volk ist. Am Ende erkannte er, dass die Partei, die er unterstützte, nicht annähernd dem entsprach, was er erwartete.“

- Zeliha Arslan, Innsbruck, Österreich

3. Schmiedet und pflegt Allianzen!

Die Bedeutung von Allianzen für sich und andere verstehen: Ein bedeutender Nachteil für die Rechtspopulist*innen ist, dass sie bisher kaum zivilgesellschaftliche Allianzen schmieden konnten. Zwar nimmt die generelle Bindung von sogenannten Vorfeldorganisationen (bei der CDU sind dies zum Beispiel die Kirchen, bei der SPD die Gewerkschaften und bei den Grünen die Umweltverbände) ab, aber speziell im lokalen Kontext haben diese Allianzen eine große Bedeutung. Durch die Verbindung zwischen Partei und Organisationen gibt es einen wechselseitigen Informationsfluss, Teilnahmemöglichkeiten und ein Vertrauensverhältnis. Die Rechtspopulist*innen in Deutschland haben bisher keine nennenswerten Allianzen mit der Zivilgesellschaft aufbauen können. Sie setzen daher vielmehr auf die direkte Ansprache ihrer Wähler*innenschaft, vornehmlich durch digitale Medien.

Breite Allianzen schmieden und pflegen: Beziehungen zwischen Partei und zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen aufzubauen, ist gerade im lokalen Zusammenhang eine zentrale Aufgabe. Dabei kann es um Fridays for Future, Gewerkschaften, Fahrradgruppen, Religionsgemeinschaften oder Kunst- und Kulturschaffende gehen. Durch gegenseitige Einladungen und Besuche kann jeweils besser nachvollzogen und eingeordnet werden, welches Anliegen die Gruppe oder Partei vertritt. Außerdem kann die Partei bei der Weiterentwicklung zivilgesellschaftlicher Gruppierungen behilflich sein, indem sie Kontakte knüpft, Anliegen kommuniziert oder ihre Ressourcen wie beispielsweise Räumlichkeiten zur Verfügung stellt. Eine weitere Strategie, mit der auf lokaler Ebene gute Erfahrungen gemacht wurden, besteht darin, durch zivilgesellschaftliche Aktionen wie Stadtpaziergänge oder Hoffeste unterschiedliche Ortsteile miteinander vertrauter zu machen und somit innerörtlichen Spaltungerscheinungen entgegenzuwirken.

Nicht überrollen: Etliche Befragte aus verschiedenen europäischen Ländern betonten, dass zivilgesellschaftliche Bewegungen und Organisationen nicht überrollt werden sollten. Wenn zum Beispiel eine Demonstration angemeldet und bei der Partei angefragt wird, ob sie sich daran beteiligt, ist eine behutsame und unterstützende Haltung angemessener als eine visuell oder inhaltlich dominierende.

*„Wir als Grüne Jugend veranstalten – auch zusammen mit Fridays for Future – verschiedene Aktionen. So bauten wir Insektenhotels in Pöbneck aus recycelten Materialien, begrüntem die Innenstadt von Bad Lobenstein mit Blumen an Laternen oder trafen uns zu Müllsammelaktionen. Auf Anregung von der Grünen Jugend lud die Stadtverwaltung Pöbneck im Herbst 2019 alle Bürger*innen zu einer Baumpflanzaktion im Stadtwald ein. Erschienen sind mehr als 50 Menschen. Es kamen Menschen im Alter zwischen 5 und 70 zusammen und auch Menschen, die sonst mit Fridays for Future nicht viel am Hut haben. Aber an diesem Tag haben wir alle gemeinsam mehrere Hundert Bäume zusammen gepflanzt.“*

- Karoline Jobst, Saale-Orla, Deutschland

BEISPIEL

Auf lokaler Ebene scheitern Alliiierungsversuche der Rechtspopulist*innen regelmäßig an der Abwehrhaltung der Zivilgesellschaft. So haben verschiedentlich Gaststätten, Restaurants und Hotels aus politischer Überzeugung der AfD die Räumlichkeiten für ihre Tagungen verwehrt oder im letzten Moment abgesagt. 2019 hoben zum Beispiel in Bayern die Betreiber eines Gasthofs den Vertrag über eine Diskussionsveranstaltung kurzfristig auf (Josef Ametsbichler, 2019: <https://www.merkur.de/lokales/muenchen-1k/ottobrunn-ort29241/bayern-aying-wirtsfamilie-in-selkammer-wirft-afd-raus-35-anhaenger-treffen-sich-in-ottobrunn-12250765.html> [abgerufen am 09.12.2021]).

„Es ist entscheidend, Allianzen zu schließen und sich mit Menschen zusammenzutun, die auch gegen den Populismus arbeiten wollen, aber zu viel Angst haben, dies zu tun. Viele Menschen in meiner Heimatstadt sind von rechten Politikern abhängig und können sich nicht äußern. Deshalb können Sie eine Stimme für sie sein und sie unterstützen. Seien Sie bereit, der Erste zu sein, und die Leute werden sich Ihnen vielleicht anschließen.“

*- Thomas Rammerstorfer, Wels, Österreich
Agieren statt reagieren*

4. Agieren statt reagieren

BEISPIEL

„Wir verwenden nicht zu viel Kraft darauf, über die Angriffe der Rechtspopulisten zu diskutieren, sondern diskutieren lieber unsere Perspektiven und zeigen den Menschen, wie wir uns Innsbruck wünschen.“

- Tobias Gutman, Innsbruck, Österreich

Die eigene Vision präsentieren:

Aus den Äußerungen der progressiv eingestellten Befragten wird deutlich, dass die Fokussierung auf die eigene Vision in mehrfacher Hinsicht eine kluge Strategie ist: Erstens entspricht diese Haltung dem positiven und konstruktiven Selbstbild der Grünen; zweitens hören Bürger*innen dadurch, wofür die Partei steht, statt sie hauptsächlich damit zu assoziieren, wogegen sie ist; drittens verringern die Grünen dadurch die Gefahr, dass die Rechtspopulist*innen sie vor sich hertreiben, indem sie sie dazu bringen, nur auf ihre Tabubrüche zu reagieren. Besonders wichtig ist eine lösungsorientierte Kommunikation: Warum soll etwas anders sein? Wie kann es umgesetzt werden? Wenn dabei noch eine eigene, positive Sprache verwendet wird, die nicht die Sprachbilder der Rechten reproduziert, ist ein wichtiger Schritt getan.

Beteiligung anbieten und Ergebnisse sichtbar machen:

Rechtspopulist*innen versuchen vielerorts, sich als Kümmerer zu präsentieren. Sie fahren mit „Bürgermobilen“ umher, halten Bürgersprechstunden ab und machen vor Ort soziale und kulturelle Angebote. Sichtbar vor Ort zu sein und aktiv auf Bürger*innen zuzugehen, ist richtig. Allerdings sollten Bürger*innenbefragungen nicht als Imagekampagne verstanden werden. Das wäre nicht authentisch und würde sich auf Dauer schädlich auswirken. Progressive Akteur*innen sollten die diversen Anliegen der Bürger*innen hören, verstehen und gegebenenfalls in das eigene politische Programm aufnehmen. Entscheidend ist dabei, dass die Entwicklung dieser Befragungen (Auswirkungen auf die Politik, rechtliche oder materielle Lösungen) nachverfolgt wird. Dieser ehrliche Politikstil, der Gehörtes tatsächlich weiterträgt und zurückmeldet, was daraus wird, hebt sich von den Rechtspopulist*innen ab.

TIPPS VON VOR ORT

Das Handbuch „The Power of Proximity“ enthält auch konkrete Tipps für Orte, in denen Rechtspopulist*innen bereits hohe Zustimmungswerte haben. Folgende Hinweise gaben die Engagierten aus diesen Regionen:

Rechte Koalitionen verhindern: Andere politische Kräfte wie zum Beispiel Konservative sollten dazu ermutigt und darin bestärkt werden, Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber den Rechtspopulist*innen zu fassen. Auch wenn Progressive und Konservative politisch vieles trennen mag, sind sie beide demokratische Gruppierungen, die mit vereinten Kräften gegen die Demokratiefeind*innen vorgehen. Sollten andere politische Parteien eine direkte oder indirekte Zusammenarbeit mit den Rechtspopulist*innen pflegen, muss dies genau beobachtet werden.

Kritische Themen beleuchten: Heikle und emotionalisierte Themen wie etwa die Sorge um die Sicherheit sollten nicht ausgespart, sondern offen angesprochen, in Zusammenhänge eingeordnet und in all ihren Facetten dargestellt werden. So entwickeln alle Beteiligten ein umfassenderes Verständnis. Das Aufzeigen der Komplexität soll die Bürger*innen nicht überfordern, sondern die Erkenntnis vermitteln, dass einfache Slogans keine Probleme lösen. Es ist möglich, schwierige Themen anzusprechen, indem man offene Diskussionsrunden führt oder rechtspopulistischen Vorschlägen mit handfesten Antworten begegnet.

Fokussierung auf jene, die (noch) nicht überzeugt rechts sind: Die Bürger*innen, die kein rechtspopulistisches Welt- und Menschenbild haben, bilden in der Regel die Mehrheit. Das Band des Glaubens an demokratische Werte, das die Bürger*innen eint, sollte geschützt und genutzt werden. Gleichzeitig sollte auf die Sorgen der verunsicherten Wähler*innen eingegangen werden. Sich an Menschen mit einem gefestigten rechtsradikalen Weltbild abzarbeiten, kostet viel Energie, führt aber zu wenig Einsicht und muss daher nicht im Zentrum progressiver Politik stehen.

5. Was besser nicht zu tun ist

Moralisieren: Das Streben nach hohen Idealen kann den oder die Einzelne*n unter Druck setzen und suggerieren, es gebe nur eine „richtige“ Art und Weise, das Leben zu leben. Wird dieser Eindruck erweckt, so ist es einerseits schwierig, diesem Bild selbst zu entsprechen. Andererseits führt dieser Ansatz auf eine falsche Fährte: Wer moralisiert, kann leicht als jemand dargestellt werden, der anderen verbietet, ihr Leben so zu leben, wie sie es wollen. Während „Moral“ in einem eher positiven Sinne mit Werten assoziiert wird, schlägt die „Moralisierung“ in eine negativ besetzte Belehrung um.

Verstecken: Prominente Bühnen und Medienpräsenz sollten nicht den Rechtspopulist*innen überlassen werden. Es gilt zu verhindern, dass diese die Tagesordnung diktieren. Auch mit wenigen Mitteln lässt sich Sichtbarkeit schaffen – etwa mit Aktionsständen, Interviews, Demos, Stadtpaziergängen oder Bannern. Wichtig ist, dass diese Präsenz auch und insbesondere dort gezeigt wird, wo nicht die eigene Wählerschaft tonangebend ist.

Loslassen: Lokal Engagierte sollten die eigenen zukunftsgerichteten Überzeugungen und das Engagement gegen Menschenfeindlichkeit niemals aufgeben. Wenn das politische Gegenüber ein*e Antidemokrat*in ist, zählen jeder Tag und jede Aktion.

Parteiinterne Streitigkeiten: Während ein vorwärtsgerichteter, konstruktiver Streit zum progressiven Selbstverständnis gehört, sind personelle Streitigkeiten, Intrigen und destruktive Auseinandersetzungen davon zu trennen. Solche Kämpfe lenken vom eigenen Programm ab, verunsichern die Bürger*innen und stehen dem Fortschritt mitunter im Weg.

II. Bürger*innennähe gestalten

Das Handbuch „The Power of Proximity“ analysiert die Erfahrungen von Personen, die in ihrem Verein, ihrer Ortschaft oder im Parlament alltäglich mit Rechtspopulist*innen zu tun haben und sich mit der Wirkung rechtspopulistischer Strategien auseinandersetzen müssen. Die Beobachtungen zeigen, dass die Aktivitäten rechtspopulistischer Akteur*innen, die auf den ersten Blick als „bürger-nah“ erscheinen mögen, in Wirklichkeit ausgrenzend sind. Sie zielen auf bestimmte Personen ab, die sie als ihre „In-Group“ (die ihnen zugehörige Bezugsgruppe) betrachten. Sie streben nach kollektiver Identitätsbildung, konzentrieren sich aber hauptsächlich darauf, eine exklusive Identität zu konstruieren, die auf negativen Emotionen gegenüber den Anderen (der „Out-Group“) aufbaut. „Wir“ müssen zusammenstehen, weil „sie“ uns bedrohen, lautet das Mantra. Dabei spielen lokale Traditionen eine große Rolle: Rechtspopulistische Politiker*innen in Tirol tauchen in Dirndl und Lederhosen im Bezirk ihres Wahlkreises auf und schenken Freibier aus, Vertreter*innen der rechtsradikalen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) in den polnischen Karpaten halten politische Wahlkampfreden in der Kirche ab. Darüber hinaus ist die Strategie der Rechtspopulist*innen eher kommunikativ als praktisch. Es wird viel geredet und in den meisten Fällen wenig problemlösend gearbeitet.

Demokratische Akteur*innen betonen dagegen, dass es ihnen darum gehe, für alle Bürger*innen in ihrer Region zu arbeiten und sie anzusprechen. Die unterschiedlichen Ausgangssituationen von Menschen anzuerkennen und gleichzeitig gemeinsame Lösungen zu finden, ist der wichtigste Beitrag, den Demokrat*innen leisten können. Daher gilt es Informationen anzubieten, den Menschen vor Ort zuzuhören, sich an ihren Aktivitäten zu beteiligen und praktische Lösungen für ihre Probleme zu finden. Lokal Engagierte, die erfolgreich Bürger*innennähe praktizieren, sind:

Für alle sichtbar

Die Bürger*innen kennen und sehen die Partei und ihre Vertreter*innen in lokalen Räumen und Veranstaltungen, in Print und Online – und zwar nicht nur zu Wahlzeiten und nicht nur in Bezirken mit eigener Wähler*innenschaft.

- Der Besuch von lokalen Initiativen, Firmen und Organisationen hilft beim Kennenlernen, macht Interesse deutlich und kann Bindungen schaffen.
- Abgeordnete können unerwartet auf Märkten, in Geschäften oder Parks auftauchen – nicht um Reden zu halten, sondern um den Bürger*innen zuzuhören und ihre Fragen zu beantworten.

Für alle erreichbar

Büros, regelmäßige Treffen, öffentlich einsehbare E-Mail-Adressen und Social-Media-Kanäle schaffen geeignete Berührungspunkte:

- Menschen werden aktiv nach ihrer Meinung gefragt, Parteivertreter*innen sind einfach zu kontaktieren.
- Die Menschen sollten sich ermutigt fühlen, progressiven Parteien in jeder Sprache, nicht ausschließlich auf Deutsch zu schreiben, da Nachrichten leicht online übersetzt werden können.
- Die Menschen sollten die Möglichkeit haben, Parteien anonym zu kontaktieren, auch wenn Offenheit den Dialog in der Regel einfacher macht.
- Sprechstunden und Veranstaltungen werden zu verschiedenen Tageszeiten geplant, damit die Teilnahme für verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Zeitressourcen möglich ist.

Für alle hilfreich

Der Fokus liegt auf praktischen Lösungen, die verschiedenen Interessen dienen und den lokalen Kontext berücksichtigen.

- Wenn Lösungen für Probleme gefunden oder wichtige Schritte zu ihrer Lösung unternommen wurden, sollten sich Progressive nicht verstecken, sondern ihre Entscheidungen anschaulich kommunizieren.
- Auch ein einzelner Sitz in einem Kommunalparlament kann sinnvoll genutzt werden, indem man die Interessen der Bürger*innen einbringt, Vorschläge macht und wichtige Fragen stellt.

Beteiligungsorientiert

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich in die politische Arbeit einzubringen: Anhörungen, Ideenbriefkästen, Öffnung von Arbeitsgruppen für Nicht-Mitglieder, Vorschläge für Bürger*innenhaushalte, über die abgestimmt werden kann, oder die Erstellung eigener Programmschwerpunkte in Absprache mit den Bürger*innen.

- Mitentscheiden heißt Verantwortung tragen. Gemeinsame Entscheidungsprozesse zu durchlaufen, kann den positiven Nebeneffekt haben, dass die Bürger*innen politische Komplexität, Teamgeist und Verantwortung erfahren.
- Besonders wichtig ist es, Verbündete zu finden, um gemeinsame Ziele zu entwickeln und Netzwerke mit zivilgesellschaftlichen Gruppen aufzubauen. Die Beziehungen in einem solchen Netzwerk sollten offen und gleichberechtigt sein.

Transparent und ehrlich

Die Bürger*innen in einfacher Sprache über aktuelle Initiativen und Positionen zu informieren, ist ebenso wichtig wie die Information darüber, wie diese Initiativen und Positionen sich entwickeln.

- Gerade wenn ein politisches Projekt nicht realisiert werden konnte, ist es entscheidend, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, warum es nicht zustande gekommen ist und was die neuesten Pläne sind.

Zuhörend

Den Bürger*innen mit ihren Anliegen genau zuzuhören und ihrer Kritik, ihren Einwänden und ihrem Kummer offen zu begegnen, ist essenziell. Es sollte keine Begegnung geben, bei der Zuhören keine Rolle spielt.

- Es empfiehlt sich allerdings ein systematischer Ansatz, der definiert, wann, wie und wem zugehört wird und wie die gemachten Aussagen konstruktiv genutzt werden können. Wenn Engagierte vor Ort zum Beispiel zwei feste Konsultationen im Jahr durchführen, sollten sie die Bürger*innen aktiv aufsuchen und offen zu ihren Meinungen und Ideen befragen. Die Aussagen sollten dokumentiert werden, und es sollte deutlich erkennbar sein, wo Bürger*innen verfolgen können, was mit dem Gehörten geschieht. Dies kann beispielsweise in Form eines regelmäßigen Newsletters oder auf der eigenen Website geschehen.
- Offenheit, Dialog und Verbindlichkeit werden honoriert und sind eine entscheidende Voraussetzung, um über den eigenen Personenkreis hinaus Wirkung zu entfalten.

Weiterführende Empfehlungen

Die untenstehenden Empfehlungen dienen als Inspiration für die weitere Auseinandersetzung mit den in der Broschüre adressierten Themen. Es handelt sich um Informations- und Weiterbildungsangebote sowie beispielhafte Initiativen.

(Bundesweite) Anlaufstellen im Netz

Kompetenzstelle Strategien gegen Rechtspopulismus: Hier stellt die Heinrich-Böll-Stiftung Informationen, Analysen und Praxis-Tipps zum Umgang mit Rechtspopulismus und Hate Speech zur Verfügung (www.weiterdenken.de/rechtspopulismus)

KommunalWiki der Heinrich-Böll-Stiftung: Die Plattform dient dem Sammeln und Verbreiten kommunalpolitischen Wissens, dem Austausch zwischen kommunalpolitischen Aktiven und der Unterstützung politischen Engagements (www.kommunalwiki.boell.de).

Stark im Amt – Portal für Kommunalpolitik gegen Hass und Gewalt: Die Initiative der Körber-Stiftung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund

bietet Informationen und Hilfsangebote für Kommunalpolitiker*innen zum Umgang mit Hass und Gewalt (www.stark-im-amt.de).

Weiterbildungsmöglichkeiten

de:hate Workshops: Die Workshops der Amadeu Antonio Stiftung liefern Handlungsempfehlungen und Informationen zum Umgang mit Hate Speech, Desinformationskampagnen sowie allen Fragen rund um Rechtsextremismus und -populismus im Netz (www.amadeu-antonio-stiftung.de/dehate/workshops-und-vortraege).

Kleiner Fünf: Die Initiative von Tadel verpflichtet! e. V. bietet Workshops zum radikal höflichen Umgang mit Rechtspopulist*innen und rechtspopulistischer Sprache (www.kleinerfuenf.de/de/workshops).

Aufstehen gegen Rassismus! In Stammtischkämpfer*innen-Seminaren werden Reaktionsmöglichkeiten, Hemmnisse und Lösungsansätze auf rechte Parolen vermittelt (www.aufstehen-gegen-rassismus.de/kampagne/stammtischkaempferinnen).

Weiterlesen und -hören

KOMMUNAL - Der Podcast für Kommunalpolitiker: Im Podcast des gleichnamigen Magazins werden kommunalpolitische Themen besprochen (www.kommunal.de/podcast).

Strategien gegen Rechtspopulismus? – Der Umgang mit der AfD in Landesparlamenten: In dieser Studie untersucht Dr. Anna-Sophie Heinze das Verhalten der anderen Parteien gegenüber der AfD in deutschen Landesparlamenten (aus der Reihe „International Studies on Populism“ beim Nomos Verlag).

Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können: Matthias Quent deckt Strategien und Ziele der Rechten auf und gibt Handlungsempfehlungen für den alltäglichen und politischen Umgang mit ihnen (Piper Verlag).

Handbuch Bürgerbeteiligung. Akteure und Verfahren. Chancen und Grenzen: Patrizia Nanz und Miriam Fritsche bieten mit dem Handbuch einen praxisnahen Einstieg in das Thema der dialogorientierten Bürgerbeteiligung in der modernen Demokratie (www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/76038/handbuch-buergerbeteiligung).

Neulandgewinner – Zukunft erfinden vor Ort: Mit diesem Programm will die Robert Bosch Stiftung Akteur*innen ausfindig machen und stärken, die beispielhaft für die Bearbeitung der Transformationsprozesse in Ostdeutschland stehen (www.neulandgewinner.de).

Wirsindderosten.de: Die Initiative macht durch Erfahrungsberichte Menschen in und aus Ostdeutschland sichtbar, die die Zukunft positiv gestalten (<https://wirsindderosten.de/#initiative>).

Podcasting Populism – Aktuelle Diskussionen über einen strittigen Gegenstand: Studierende der Goethe-Universität Frankfurt am Main diskutieren über den Begriff Populismus (<https://anchor.fm/podcasting-populism>).

„Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“ – Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen: Die Broschüre von BMB e. V., Kulturbüro Sachsen e. V. und MBR/VDK e. V. gibt praktische Handlungsempfehlungen für den Umgang mit rechtspopulistischen Parteien (<https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/2019-BMB-Umgang-mit-Rechtspopulismus.pdf>).

Ratgeber „Bedroht zu werden gehört nicht zum Mandat“: Der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) sowie der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) geben Hilfestellungen für bedrohte für Kommunalpolitiker*innen (https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2021/04/Drohungen_gg_Politik_Verwaltung_DS_WEB.pdf).

Handlungsprogramm der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg: Zeigt zwölf Handlungsfelder für Kommunen und Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus auf (https://www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Allianz_2019_www.pdf).

Ein herzlicher Dank gilt all jenen lokal Engagierten, die für das Handbuch „The Power of Proximity“ mit uns sprachen und ihre Erfahrungen teilten. Für den Kontakt und die sensible Gesprächsführung waren unsere Partnerorganisationen unerlässlich: Terra Nova aus Frankreich, *The Innovation in Politics Institute aus Österreich*, *Instytut Spraw Publicznych* aus Polen, sowie *Arenagruppen* aus Schweden. Dieser internationale Wissenstransfer auf allen politischen Ebenen ist von elementarer Bedeutung, um die europäische Demokratie zu stärken und antidemokratischen Tendenzen nachhaltig entgegenzutreten.

Imprint

DAS PROGRESSIVE ZENTRUM



Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver Akteur*innen unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge Vordenker*innen und Entscheidungsträger*innen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche Zukunft der Demokratie, Strukturwandel sowie Internationaler Dialog mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (unter anderem in Frankreich, Polen und Großbritannien) sowie in den USA.

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung von Das Progressive Zentrum (und der Heinrich-Böll-Stiftung) wider.



IMPRINT

Alle Rechte vorbehalten. Der Abdruck oder die vergleichbare Verwendung von Arbeiten vom Progressiven Zentrum auch in Auszügen sind nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung von Das Progressive Zentrum (und der Heinrich-Böll-Stiftung) wider.

© Das Progressive Zentrum e.V. / Greens/EFA Group in the European Parliament, [Monat], [Jahr]

V. i. S. d. P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e. V.
Werftstraße 3 | 10577 Berlin, Deutschland

Vorstand: **Michael Miebach, Judith Siller, Thomas Kralinski, Katarina Niewiedzial**
Executive Director: **Dominic Schwickert**

www.progressives-zentrum.org
Twitter: **@DPZ_Berlin**
Facebook: **www.fb.com/DasProgressiveZentrum**
Kontakt: **mail@progressives-zentrum.org**

Autorin: **Paulina Fröhlich | Programmleitung „Zukunft der Demokratie“ | Das Progressive Zentrum**
Unterstützt durch: **Charlotte Bechert, Sophie Borkel**
Lektorat: **Andreas Bredenfeld**
Design & Layout: **Selin Estroti Ipeker**

Cover map by **Freepik.com** | Maps by **FreeVectorMaps.com**

